



Bundestags- brief

Nr. 300 • Die Woche im Bundestag • 29.04.2022



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Wir stärken die Selbstverteidigung der Ukraine und schützen Freiheit und Sicherheit in Europa

Seit zwei Monaten führt Russland einen brutalen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Es ist unsere moralische Pflicht, dazu beizutragen, diesen Angriffskrieg zu stoppen. Dazu zählen eine klare Linie und Entschlossenheit bei der Unterstützung der Ukraine mit Waffen und militärischer Ausrüstung.

Aber Olaf Scholz zögert. Führung sieht anders aus. Das Vertrauen in unser Land nimmt in der internationalen Öffentlichkeit von Tag zu Tag ab. Die Kritik seitens unserer Partner und Verbündeter wächst. Deutschland ist zunehmend isoliert.

In einem eigenen CDU-Antrag legen wir dar, was jetzt passieren muss: Wir müssen die Waffenlieferungen an die Ukraine jetzt in Qualität und Umfang intensivieren. Wir fordern dies nicht leichtfertig, sondern weil es für den Freiheitskampf der Ukraine notwendig ist.

Wir stellen fest: Unser Druck wirkt. Die Ampel-Koalition ist nun mit einem eigenen Antrag auf uns zugekommen. Es ist ein starkes Signal an die Bundesregierung, dass wir uns nun über einen gemeinsamen Antrag verständigt haben. Unsere Zustimmung haben wir dabei an klare Bedingungen geknüpft, die auch erfüllt worden sind.

Das Sondervermögen muss die Bundeswehr langfristig stärken

Das „Sondervermögen für die Bundeswehr“ bewegt sich nicht von der Stelle. Der bisherige Vorschlag der Ampelkoalition für die Ausgestaltung bleibt hinter unseren Erwartungen zurück.

Das 100-Milliarden-Paket muss so wirken, dass es die Bundeswehr langfristig stärkt. Wir haben unsere Forderungen auf den Tisch gelegt: Die Verteidigungsausgaben müssen dauerhaft und unabhängig vom Sondervermögen auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigen.

Das Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro muss konkret für die Stärkung der Bundeswehr verwendet werden. Vor Verabschiedung des Sondervermögens muss klar sein, was mit dem Geld für die Bundeswehr erreicht wird. Das Beschaffungswesen muss grundlegend geändert werden. Und: Wir brauchen auch einen Tilgungsplan für die zusätzlichen Schulden.

Wir brauchen jetzt Maßnahmen gegen die drohende Rezession

Inflation, Energiepreise und Nahrungsmittelknappheit machen das Leben der Menschen in unserem Land immer teurer. Auch die Wirtschaft leidet unter den Nachwirkungen der Pandemie, unterbrochenen Lieferketten und rasant steigenden Erzeugerpreisen. Die Bundesregierung muss jetzt dringend handeln. Bisher wurden Ankündigungen allerdings nicht umgesetzt.

Die Anhebung von Transferleistungen, wie sie die Bundesregierung in dieser Woche auf den Weg bringt, genügt nicht. Wir brauchen stattdessen Lösungen, die für das ganze Land funktionieren und nachhaltig wirken.

Neben der Kostenbelastung für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze muss auch die wuchernde Bürokratie zurückgedrängt werden. Deshalb fordern wir in einem Antrag ([20/1499](#)) ein Sofortprogramm für Unternehmen und Beschäftigte. Wir müssen an den zentralen Stellschrauben der Wirtschaftspolitik ansetzen und diese für Unternehmen und deren Beschäftigte günstig gestalten.

Die Nachwirkungen der Corona-Pandemie und die erheblichen Verwerfungen durch den Russland-Ukraine-Krieg stellen die Unternehmen vor besonders große Herausforderungen.

Wir fordern neue Impulse für eine Erholung und einen anhaltenden Aufschwung der Wirtschaft setzen: Bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen und Beschäftigte, spürbarer Bürokratieabbau, ein Belastungsmoratorium, Planungsbeschleunigung, Entlastungen von Steuern und Abgaben, flexible arbeitsrechtliche Regelungen und flexible Arbeitszeitmodelle, sowie leistungsfähige Infrastruktur.

Als wenn nichts passiert wäre, arbeiten sowohl die Bundesregierung als auch die Europäische Union an neuen Belastungen, Auflagen, Berichtspflichten. Wir brauchen jetzt ein Belastungsmoratorium. Nur so kann die Wirtschaft wieder auf die Beine kommen. Hochwertige Arbeitsplätze werden gesichert und neue geschaffen.

Mobilität auch in Zeiten steigender Energiepreise gewährleisten

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich endlich für bezahlbare Mobilität einzusetzen. Wie das gehen kann, zeigen wir in unserem Antrag ([20/203](#)) auf.

Kurzfristige Energiepreispauschalen und eine vorübergehende Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe für drei Monate sind tatsächlich keine dauerhafte Lösung. Das Tanken bleibt teuer. Davon sind vor allem Pendler und Menschen im ländlichen Raum betroffen. Auch Unternehmen der Transport-, Logistik- und Busbranche belasten die hohen Kraftstoffpreise massiv. Die Bundesregierung ist aufgefordert, endlich entschlossen zu handeln. Durch abgestimmtes Vorgehen muss sie eine Perspektive für alle Betroffenen aufzeigen.

Nachhaltige Impulse für Einzelhandel und Innenstädte

Mit unserem Antrag ([20/1318](#)) zeigen wir Maßnahmen auf, mit denen Einzelhandel und Innenstädte zukunftsfest gemacht und belebt werden.

Wir brauchen jetzt die erforderlichen Impulse für einen attraktiven und zukunftsfesten Einzelhandel in den Innenstädten. Innenstädte und Fußgängerzonen sind kaum vorstellbar ohne funktionierenden und breit gefächerten Einzelhandel. Außerdem braucht es Gastronomie und Hotellerie, Dienstleistungen, Freizeit- und Kulturangebote, kurz: eine Umgebung des Zusammenkommens. Durch die Corona-Belastungen hat das Thema nochmals erheblich an Bedeutung gewonnen. Mit dem Antrag zeigen wir: Die Union hat den Einzelhandel und die Innenstädte im Blick.

Die gute Nachricht zum Schluss: der Tourismus in Deutschland erholt sich langsam von der Corona-Folgen

Mit der Corona-Impfung, die sehr gut vor schweren Infektionsverläufen schützt, hat sich in den vergangenen Monaten langsam die Möglichkeit ergeben, Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens zurückzufahren, die auch den Tourismus in Deutschland in den vergangenen Jahren stark beeinträchtigt haben.

Die Wirkung dieser Entscheidungen können wir nun auch an der Zahl der Übernachtungen in Deutschland ablesen: So verbuchten die Beherbergungsbetriebe Deutschlands im Februar 2022 18,8 Millionen Übernachtungen in- und ausländischer Gäste. Das ist ein beeindruckendes Plus von mehr als 161 Prozent gegenüber dem Februar 2021, als noch ein Beherbergungsverbot für privatreisende Gäste galt. Im Vergleich mit dem Vorkrisenmonat Februar 2020 lagen die Übernachtungszahlen jedoch immer noch um 37,3 Prozent niedriger.

Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Inland stieg im Februar 2022 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 153,0 Prozent auf 16,2 Millionen. Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland erhöhte sich sogar um 226,4 Prozent auf 2,6 Millionen. Im Vergleich zum Vorkrisenmonat Februar 2020 war die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Inland um 33,2 Prozent und die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland um 54,9 Prozent niedriger. Diese Zahlen zeigen: Der Tourismus leidet noch immer unter den Folgen der Corona-Krise, aber das Licht am Ende des Tunnels wird zum Glück immer heller.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)